



Herr
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0260-IV/6/a/2018

Wien, am 5. Juli 2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Stephanie Cox, Dr. Alma Zadic LL.M., Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Mai 2018 unter der Zahl 807/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Anwendung von „Artificial Intelligence“ zur Unterstützung und Automatisierung von Entscheidungen („automated decision systems“)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Wie definieren Sie in Ihrem Ministerium Technologien, die Entscheidungen (teilweise) automatisieren ("automated decision systems,,")?

Unter „automated decision systems“ werden in meinem Ressort jene Technologien verstanden, welche automatisiert, d.h. ohne jegliche menschliche Einwirkung, mithilfe von Algorithmen und auf personenbezogene Daten basierend Entscheidungen treffen, die für davon betroffene Einzelpersonen oder andere Rechtssubjekte Wirkung im Rahmen des Verwaltungsrechts bzw. Verwaltungsstrafrechts entfalten können.

Frage 2:

Nutzt Ihr Ministerium bereits entsprechende Technologien, die Entscheidungen (teilweise) automatisieren?

- a. Falls ja, welche Technologien, werden in welchen Bereichen auf welche Art und Weise genutzt?
- b. Falls ja, werden diese Technologien laufend überwacht, evaluiert und die Ergebnisse der Evaluierung veröffentlicht?
- i. Falls ja, wie bzw. mit welchen Methoden wird überwacht und evaluiert?
- ii. Falls nein: Weshalb nicht?
- c. Falls ja, mit welchen Organisationen wurde zusammengearbeitet, um diese Technologien zu implementieren (z.B. Softwarehersteller, Consultingdienstleister)? (Bitte um abschließende Aufzählung aller beteiligten Organisationen, inkl. Umschreibung ihrer Aufgaben und Leistungen)
- d. Wurden alle Leistungen, die im Zusammenhang mit der Implementierung solcher Technologien eingeholt wurden, öffentlich ausgeschrieben?
- i. Falls ja, bitte um Auflistung der Organisationen, Technologie und Datum/Zeitraum.
- ii. Falls nein, weshalb nein?
- e. Falls ja, wie bzw. aus welchen Mitteln wurde die Herstellung und Implementierung dieser Technologien finanziert? (Bitte um abschließende Auflistung aller angefallenen Kosten je beteiligter Organisation sowie für die jeweiligen erbrachten Leistungen).

Nein, derzeit sind in meinem Ressort keine entsprechenden Technologien im Einsatz.

Frage 2f:

Falls nein, ist der Einsatz solcher Technologien künftig geplant?

- i. Falls ja, welche Technologien sollen künftig in welchen Bereichen auf welche Art und Weise genutzt werden und wann sollen diese eingeführt werden?

Nein, der Einsatz entsprechender Technologien in meinem Ressort ist nach derzeitigem Stand nicht geplant.

Fragen:

3. Haben Sie es in Fällen, in denen entsprechende Technologien bereits eingeführt wurden, unternommen bzw. planen Sie vor jeder künftigen Einführung solcher Technologien,

a. die Öffentlichkeit zeitgerecht und umfassend über die verwendete Technologie, deren Anwendungsbereiche und geschätzte Auswirkungen auf die Gesellschaft zu informieren?

i. Falls ja, welche Informationsmaßnahmen wollen Sie setzen?

ii. Falls nein, wieso nicht?

b. der Öffentlichkeit im Rahmen eines Einbeziehungsprozesses ("review process") die Möglichkeit zu geben, Bedenken zu äußern, und diese aufzuklären?

- i. Falls ja, wie soll der "review process" ausgestaltet sein?*
 - ii. Falls nein, wieso nicht?*
 - c. solche Technologien, deren Anwendung und Wirkung ex ante durch Mitarbeiterinnen im Ministerium im Rahmen eines transparenten Prozesses evaluieren zu lassen und die Ergebnisse der Evaluierung zu veröffentlichen?*
 - i. Falls ja, wie soll eine solche Evaluierung ausgestaltet sein?*
 - ii. Falls nein, wieso nicht?*
 - d. solche Technologien, deren Anwendung und Wirkung ex ante von der Öffentlichkeit sowie von externen Experten evaluieren zu lassen und die Ergebnisse der Evaluierung zu veröffentlichen?*
 - i. Falls ja, wie soll eine solche Evaluierung ausgestaltet sein?*
 - ii. Falls nein, wieso nicht?*
 - e. solche Technologien und deren Wirkungen laufend durch MitarbeiterInnen im Ministerium zu überwachen und in regelmäßigen Abständen zu evaluieren und die Ergebnisse der Evaluierung zu veröffentlichen?*
 - i. Falls ja, wie soll eine solche Evaluierung ausgestaltet sein?*
 - ii. Falls nein, wieso nicht?*
 - f. solche Technologien und deren Wirkungen in regelmäßigen Abständen durch externe Experten evaluieren zu lassen und die Ergebnisse der Evaluierung zu veröffentlichen?*
 - i. Falls ja, wie soll eine solche Evaluierung ausgestaltet sein?*
 - ii. Falls nein, wieso nicht?*
- 4. Mit welchen (aktiven) Maßnahmen wollen Sie verhindern, dass entsprechende Technologien (unsachliche) Vorurteile ("bias") transportieren, und wann sollen diese Maßnahmen gesetzt werden?*
- 5. Wie planen Sie Algorithmen nach Kriterien wie "Fairness" oder "Gerechtigkeit" zu evaluieren?*
- 6. Wie planen Sie, Expert_Innen mit einschlägigem Fachwissen zu finden und zu beurteilen, ob die jeweiligen Experten über einschlägiges Fachwissen verfügen?*
- 7. Zur effektiven Evaluierung von Algorithmen wird es unter Umständen nötig sein, Trainingsdaten oder vergangene Entscheidungen offen zu legen. Welche Herausforderungen sehen Sie im Falle der Einbeziehung der Öffentlichkeit und von externen Experten (insb im Hinblick auf die Wahrung von Grundrechten)?*

8. Welche Herausforderungen sehen Sie im Zusammenhang mit der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen zur Implementierung von "automated decision systems" (z.B. Betriebsgeheimnisse der Lieferanten) insb. im Zusammenhang mit der Einführung von Kontroll- oder Evaluierungsmaßnahmen - wie in dieser Anfrage aufgeführt - und wie wollen Sie diesen Herausforderungen begegnen?

Es darf auf die Antworten zu den Fragen 2a bis f) verwiesen werden.

Frage 9:

Planen Sie Prozesse oder Gremien einzuführen, um Einzelpersonen und anderen Rechtssubjekten die Möglichkeit zu geben, in effektiver Weise gegen sie betreffende automatisierte Entscheidungen in Ihrem Wirkungsbereich vorzugehen?

a. Falls ja, wie sollen solche Prozesse und/oder Gremien ausgestaltet sein?

b. Falls nein, wieso nicht?

Für den Fall, dass eine Einzelperson oder andere Rechtssubjekte einen Bescheid einer Verwaltungsbehörde bzw. Verwaltungsstraßbehörde als rechtswidrig erachten, darf ich auf das bestehende Rechtsmittel der Bescheidbeschwerde verweisen.

Frage 10:

Wird Ihr Ministerium der Regierung vorschlagen ein Gesetz zu verfassen, das u.a. sicherstellt, dass jedes Ministerium bzw. jede öffentliche Einrichtung

a. Technologien definieren muss, die in ihrem Wirkungsbereich Entscheidungen (teilweise) automatisieren ("automated decision systems") und diese Definitionen ggf. laufend aktualisieren (z.B. bei Änderung des Anwendungskontextes) und veröffentlichen muss?

b. vor, spätestens jedoch unmittelbar nach der Anschaffung solcher Technologien, die Öffentlichkeit umfassend über die verwendete Technologie, deren Anwendungsbereiche, Ziele und geschätzte Auswirkungen auf die Gesellschaft informieren muss?

c. diese Technologien laufend überwachen, evaluieren und die Ergebnisse der Evaluierung veröffentlichen muss?

d. der Öffentlichkeit im Rahmen eines Einbeziehungsprozesses ("review process") die Möglichkeit geben muss, Bedenken zu äußern und diese aufzuklären?

e. solche Technologien, deren Anwendung und Wirkung intern sowie durch externe Experten, im Rahmen eines transparenten Prozesses evaluieren lassen muss?

f. verpflichtet wird sicherzustellen, dass Einzelpersonen und andere Rechtssubjekte effektiven Rechtsschutz genießen, wenn sie in negativer Weise durch (teilweise)

automatisierte Entscheidungen betroffen sind? (Bitte um getrennte Beantwortung für jeden der obigen Punkte a. bis f.)

g. Falls unter a. bis f. mit Nein geantwortet wurde: Wieso nicht? (Bitte um getrennte Beantwortung für jede Verneinung der obigen Punkte a.-f.)

Die Frage betreffend einen Gesetzesentwurf zum Einsatz von „Artificial Intelligence“ in Ministerien und anderen öffentlichen Einrichtungen fällt nicht in die federführende Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres. Ich verweise daher auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfrage Nr. 813/J durch das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Herbert Kickl

